



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat III/9
Sitzungstag:	Dienstag, den 17.05.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:55 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2011/811

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Klageerhebung gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011
Vorlage: V/2011/701/1

1.4.2. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse;
Fristen für Anfragen und Anträge
Vorlage: V/2011/708

1.4.3. Sanierung WLS-Bad, Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel
Vorlage: V/2011/710

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -

1.6. Anfragen

1.6.1. Beförderung von Fahrrädern in den Bussen des VRS;
Goller, Christoph, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 28.04.2011
Vorlage: F/2011/096

1.6.2. Radwegführung an der Lüdenscheider Straße; Kreuzung mit dem neuen Radweg
auf der Bahntrasse in Richtung Leiersmühle;
Goller, Christoph / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 28.04.2011
Vorlage: F/2011/095

1.7. Anträge

- 1.7.1. Aufstellen von Abfalleimern an den Wanderparkplätzen in Oberröttenscheid und Großblumberg;
Goller, Christoph / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 28.04.2011
Vorlage: A/2011/091
- 1.7.2. Sportstättenentwicklungsplanung "Schaffung einer bedarfsgerechten Sportstätteninfrastruktur für Wipperfürth;
Klett, Stefan / CDU-Fraktion, vom 04.05.2011
Vorlage: A/2011/092

1.8. Mitteilungen

- 1.8.1. Besuch der Regierungspräsidentin Frau Walsken;
mündlicher Bericht des Bürgermeisters
- 1.8.2. 100 Jahre Königliches Lehrerseminar
Vorlage: M/2011/815
- 1.8.3. Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Hückeswagen; Bauaufsicht und Straßenverkehrsangelegenheiten;
mündlicher Bericht der Verwaltung
- 1.8.4. Besuch des Landesverkehrsministers Herrn Voigtsberger;
mündlicher Bericht des Bürgermeisters
- 1.8.5. Planung / Finanzierung des Umbaus des Surgères-Platzes;
mündlicher Bericht der Verwaltung

2. Nichtöffentliche Sitzung

- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
- entfällt -
- 2.4. Beschlüsse** - entfällt -
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen** - entfällt -
- 2.6. Anfragen** - keine -
- 2.7. Anträge** - keine -
- 2.8. Mitteilungen**
 - 2.8.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/816
 - 2.8.2. Personalangelegenheit im Schulbereich

Verwaltungsvertreter

Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Stölting, Viviane	intern	Bauing.
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
von der Heyden, Astrid		Bauing.
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Es fehlten:

Blechmann, Karin	SPD
Köser, André	CDU
Palubitzki, Lothar	CDU
Schüler, Heinz	SPD

Gäste:

Pannhausen, Claudia	zu TOP 1.4.3	Dipl.-Ing., Architektin
Schaumburg, Detmar	zu TOP 1.4.3	Dipl.-Ing., Energieberater

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Vertreter der Verwaltung beantworten in folgenden Angelegenheiten die Anfragen von Zuhörern, und zwar

- eine Frage des Herrn Bernd Schmitz nach den Gründen für den Abbau einer Fotovoltaik-Anlage auf dem Realschulgebäude,
- die Frage des Herrn Thomas Flosbach nach den Gründen für die Verschwendung des Radweges auf der ehemaligen Bahntrasse vor der Überquerung der Lüdenscheider Straße aus Richtung Marienheide,
- Fragen der Frau Anne Kuhna nach dem seit 2009 fehlenden Ersatz des Kinderspielplatzes Ohler Wiesen und dem Zeitplan bis zur Wiedereröffnung.

Die Antworten erfolgen durch die Verwaltungsmitarbeiter **Wilms, Wollnik** und **Stöltzing**.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/811

Der Rat nimmt den Bericht, der der Einladung als Vorlage beigefügt war, nach folgenden mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis:

StOVR **Hachenberg** berichtet auf Nachfrage des Rats Herrn **Brachmann** über den Sachstand bezüglich der Besetzung der Stelle des technischen Prüfers, insbesondere betreffend die Anzahl der Bewerbungen und das weitere Vorgehen unter Beteiligung der Politik.

Bürgermeister **von Rekowski** konkretisiert auf Nachfrage des Rats Herrn **Stein** die Auskunft zur Bezugsfertigkeit des Anbaus der katholischen Grundschule Wipperfeld, die noch vor den Sommerferien 2011 zur Verfügung stehe.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Klageerhebung gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011

Vorlage: V/2011/701/1

Beschluss:

Der Beschlussentwurf der Verwaltung, der folgenden Wortlaut hatte, wird abgelehnt:

„Der Rat der Stadt Wipperfürth beschließt, dass er die Klageerhebung durch die Gemeinde Nümbrecht gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011 unterstützt und dass sich die Stadt Wipperfürth an den Kosten des Klageverfahrens beteiligt.

Die Kostenverteilung erfolgt unter den oberbergischen Kommunen nach dem Schlüssel der Umlagegrundlagen zur Festsetzung der allgemeinen Kreisumlage 2011.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 18 Stimmen gegen und 15 Stimmen für den Beschlussentwurf der Verwaltung

Die Vorlage war gemeinsam mit drei Anlagen hierzu Bestandteil der Einladung. Als Tischvorlagen waren eine Anfrage an den Städte- und Gemeindebund NRW sowie die Antwort hierauf zu den Fraktionssitzungen vorgelegt worden.

Nachdem Bürgermeister **von Rekowski** noch einmal die Solidarität der oberbergischen Bürgermeister im Sinne einer Klageunterstützung unterstreicht, begründet Ratsherr **Scherkenbach** die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion mit folgenden Argumenten: äußerst geringe Erfolgsaussichten, unklare Kostensituation, unterschiedliche Haltung der Stadt- und Gemeinderäte im Oberbergischen Kreis. Er schlägt stattdessen vor, das Angebot des Kreises anzunehmen, die Finanzen des Kreises im dortigen Arbeitskreis zum Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu diskutieren.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die Kreistagsmehrheit hätte der Situation zuvor kommen können, wäre sie dem Vorschlag gefolgt, jährlich 1 % weniger an Ausgaben zuzulassen. Die SPD-Fraktion halte es aus prinzipiellen Gründen für richtig, sich dem Verfahren der Gemeinde Nümbrecht anzuschließen. Die 13 Bürgermeister seien geschlossen der Ansicht, gemeinsam vorzugehen. Die Gespräche im Arbeitskreis könnten ja unabhängig davon fortgesetzt werden.

Ratsherr **Schnepper** hält es für unwahrscheinlich, dass noch alle Räte einer Beteiligung zustimmen; die Solidarität bestehe allein unter den Bürgermeistern. Seiner Fraktion erscheine das Prozessrisiko zu groß.

Nach Auffassung des Ratsherrn **Wurth** trägt die CDU Wipperfürth die Verantwortung dafür, dass eine Klage gegen die Kreisumlagefestsetzung verhindert und damit eine rechtliche Klärung herbei geführt wird. Ratsherr **Schmitz** vertritt die Meinung, dass es hier um die politische Entscheidung zu der Frage geht, ob die Städte und Gemeinden ein Zeichen setzen wollen. Ratsherr Koppelberg erklärt, die CDU-Fraktion habe seit der letzten Ratssitzung lediglich Argumente gegen eine Unterstützung der Klage gesammelt. Es gehe nicht in erster Linie um die Kosten einer Klageunterstützung, sondern darum, in einer Solidargemeinschaft endlich eine Klärung herbei zu führen.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, die vorliegenden Gutachten kämen allesamt zu dem Ergebnis, dass eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Der Bürgermeister der Gemeinde Nümbrecht wolle seines Wissens auf jeden Fall klagen, er habe in seinem eigenen Rat im Übrigen noch keine Vorlage eingebracht.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, es werde hier sehr auf die Kosten geschaut, die aber auf jeden Fall in einem überschaubaren Rahmen bleiben würden. Die Städte und Gemeinden sollten ein deutliches Zeichen setzen. Wenn Wipperfürth dagegen aus der Solidargemeinschaft austrete, bringe dies Nachteile, die erst recht nicht bezifferbar seien. Die Klärung sei auch wichtig dafür, Spielräume für freiwillige Leistungen der Städte und Gemeinden zu gewinnen. Er stehe nach wie vor hinter der Musikschule und hinter der Stadtbücherei. Auch um dieses Angebot auf Dauer aufrecht erhalten zu können, sehe er die Stadt in der Pflicht, die Klage zu unterstützen.

1.4.2 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse; Fristen für Anfragen und Anträge

Vorlage: V/2011/708

Beschluss:

§ 16 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung wird mit sofortiger Wirkung wie folgt neu gefasst:

„Anträge und Anfragen sind, um in die Tagesordnung (§ 3 Abs. 1) aufgenommen zu werden, spätestens am 13. Tage vor dem Sitzungstag schriftlich beim Bürgermeister einzureichen.“

Diese Neufassung ist gültig bis zur Ratssitzung am 14. Dezember 2011. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regelung der Frist für Anträge und Anfragen erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme

Die Vorlage der Verwaltung war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, seine Fraktion sei nicht begeistert von dem Vorschlag der Verwaltung, die eine Einschränkung der demokratischen Möglichkeiten für die Ratsmitglieder und Fraktionen bedeute. Sie werde mehrheitlich zustimmen, wenn der Beschluss mit dem Zusatz versehen werde, dass die Gültigkeit der neuen Regelung zunächst bis zum 14.12.2011, dem Termin der Dezembersitzung des Rates, beschränkt wird.

Ratsherr **Wurth** erklärt, er halte die Frist für übertrieben und werde dem Beschlussentwurf nicht zustimmen.

Bürgermeister **von Rekowski** stellt den Beschlussentwurf der Verwaltung unter Einbeziehung des Ergänzungsvorschlags zur Abstimmung.

1.4.3 Sanierung WLS-Bad, Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel

Vorlage: V/2011/710

- 1.) Zur Finanzierung der „Sanierungsmaßnahme WLS-Bad“ wird einer weiteren überplanmäßigen Haushaltsmittelbereitstellung von 157.100 € im Teilergebnisplan 1.01.03 / Zentrale Immobilienwirtschaft (Sachkonto 523140 / Sanierungsmaßnahmen) zugestimmt.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Rechnungen der ausgeführten Handwerkertätigkeiten nach vorheriger Prüfung zu begleichen.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat am 12.07.2011 die ursprünglichen Honorarrechnungen des Architekturbüros Pannhausen und des Energiebüros Schaumburg bei Auftragsvergabe und die tatsächlichen Honorarkosten nach Schlussrechnung vorzulegen.
- 4.) Dem Rat wird am 12.07.2011 eine detaillierte Schlussrechnung vorgelegt, aus der ersichtlich ist, welche überplanmäßige Summe letztendlich bereit gestellt werden muss. Ebenso ist dem Rat vorzulegen, wie bekannte Mängel im Rahmen der Gewährleistung behoben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Vorlage war samt Anlagen Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung.

Die Abstimmung über den Beschlussentwurf der Verwaltung erfolgt nach intensiver Diskussion unter Beteiligung des Energieberaters Detmar **Schaumburg** und der Architektin Claudia **Pannhausen** unter Einbeziehung der Ziffern 2 bis 4, die auf Antrag der CDU-Fraktion und einvernehmlich mit zur Abstimmung gestellt werden.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -

1.6 Anfragen

1.6.1 **Beförderung von Fahrrädern in den Bussen des VRS; Anfrage des Ratscherrn Christoph Goller / Fraktion Bündnis 980 / Die Grünen, vom 28.04.2011**

Vorlage: F/2011/096

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Ratscherr **Goller** erklärt, die Beantwortung sei aus seiner Sicht zufriedenstellend. Letztlich hänge die Mitnahme von Fahrrädern bei der derzeitigen Regelung vom jeweiligen Busfahrer ab.

Er fragt, ob es möglich sei, Einfluss darauf zu nehmen, dass diese Regelung wohlwollend im Sinne der Fahrradfahrer gehandhabt wird. Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, dieser Wunsch werde gegenüber dem VRS entsprechend vorgebracht.

1.6.2 **Radwegführung an der Lüdenscheider Straße; Kreuzung mit dem neuen Radweg auf der Bahntrasse in Richtung Leiersmühle; Anfrage des Ratscherrn Christoph Goller / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 28.04.2011**

Vorlage: F/2011/095

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Ratscherr **Goller** erklärt, auch aus der Antwort der Verwaltung sei nicht ersichtlich, wo denn der Radweg in Richtung Leiersmühle endet. StVD **Wollnik** teilt mit, dass der Radweg bisher auch schon an der Überquerung des Alleenradweges über die Lüdenscheider Straße endet. Das Verkehrsschild „Ende des Radweges“ werde dort noch aufgestellt. Mit der Polizei werde aber noch kurzfristig geklärt, ob der Radweg nicht auch auf dem heutigen Gehweg vor dem Haupteingang der Firma Voss in Richtung Leiersmühle noch weiter geführt werden könne. Leider sei der Bürgersteig aber wohl nicht breit genug, um hier einen kombinierten Fuß-/Radweg auszuweisen. Bis zum 13. Juni, dem Termin der offiziellen Eröffnung des Alleenradweges zwischen Wipperfürth und Marienheide, würden die noch fehlenden Schilder aufgestellt.

1.7 Anträge

1.7.1 Aufstellen von Abfalleimern an den Wanderparkplätzen in Oberröttenscheid und Großblumberg; Antrag des Rats Herrn Christoph Goller / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 28.04.2011

Vorlage: A/2011/091

Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung hierzu waren Bestandteile der Einladung.

Rats Herr **Goller** hatte in dem Antrag für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen darum gebeten, dass auf den Wanderparkplätzen in Großblumberg und in Oberröttenscheid Abfalleimer aufgestellt werden und eine Finanzierung aus Mitteln der Regionale 2010 für den Parkplatzausbau erfolgt.

1.7.2 Sportstättenentwicklungsplanung "Schaffung einer bedarfsgerechten Sportstätteninfrastruktur für Wipperfürth; Antrag des Rats Herrn Stefan Klett / CDU-Fraktion, vom 04.05.2011

Vorlage: A/2011/092

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur überwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag, die Verwaltung mit der Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplanes Wipperfürth zu beauftragen, war ebenso wie die Stellungnahme der Verwaltung mit ihrem ablehnenden Beschlussentwurf Bestandteil der Einladung.

Rats Herr **Klett** begründet den Antrag eingehend und geht dabei auch auf die Punkte 1 bis 6 der Stellungnahme der Verwaltung ein. Auch, wenn ihm zwischenzeitlich durch die Verwaltung geraten worden sei, den Antrag zurück zu ziehen, bleibe er dabei, dass die Notwendigkeit besteht, einen Sportstättenentwicklungsplan aufzustellen.

Nach längerer, kontrovers geführter Diskussion lässt Bürgermeister **von Rekowski** über den Vorschlag des Rats Herrn **Mederlet** abstimmen, den Antrag an den Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur als zuständigen Fachausschuss des Stadtrates zu überweisen.

Diesen Vorschlag unterstützt auch Ratsherr **Stein**, der darum bittet, in diesem Zusammenhang auch eine Unterstützung des Landessportbundes als für die Stadt kostenlosen Berater zu prüfen sowie in die Überlegungen auch das Jugendamt mit Jugendzentrum sowie den Bereich der Ohler Wiesen, Stichwort: Skaterbahn, mit einzubeziehen.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Besuch der Regierungspräsidentin Frau Walsken; mündlicher Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister **von Rekowski** berichtet mündlich über den Besuch der Regierungspräsidentin Frau Walsken am 2. Mai. Bekanntlich sei sie im Dezember vorigen Jahres zu einem Besuch eingeladen worden, als sie den Förderbescheid des Landes zum Bau der Basisstation des Wasserquartetts überbracht habe.

Sie sei in der Alten Drahtzieherei zunächst mit dem Verwaltungsvorstand zusammen getroffen und habe anschließend auch mit den Fraktionsvorsitzenden des Rates über aktuelle Fragen diskutiert. Themen seien hier unter anderem die interkommunale Zusammenarbeit, die Fortschritte bei der Umsetzung der Regionale-Projekte, der demografische Wandel, die Finanzsituation Wipperfürths und der Kommunen überhaupt, die ökologische Ausrichtung der Stadt und das Integrierte Handlungskonzept für die Wipperfürther Innenstadt gewesen. Sie habe zugesagt, die Stadt beim Ausbau der Breitbandversorgung nach Kräften zu unterstützen. Einer der Höhepunkte des Besuchs sei die eindrucksvolle Vorstellung Energie sparender Beleuchtungstechnik durch Vertreter der Firma Radium gewesen.

1.8.2 100 Jahre Königliches Lehrerseminar

Vorlage: M/2011/815

Die schriftliche Vorlage, die der Einladung beigelegt war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.3 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Hückeswagen; Bauaufsicht und Straßenverkehrsangelegenheiten; mündlicher Bericht der Verwaltung

Bürgermeister **von Rekowski** berichtet über ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden der Städte Hückeswagen und Wipperfürth am 9. April 2011 im Rathaus in Anwesenheit der beiden Bürgermeister sowie weiterer Verwaltungsvertreter, in dem es insbesondere um die seinerzeit angedachte Übernahme von Kreis-Aufgaben für die Stadt Hückeswagen auf den Gebieten der Bauaufsicht und des Straßenverkehrsamtes durch die Stadt Wipperfürth ging. Das Ergebnis des Gesprächs lasse sich wie folgt zusammen fassen:

- Für beide Städte müssten sich bei einer derartigen Kooperation klar darstellbare Vorteile ergeben.

- Für eine abschließende Entscheidung besteht derzeit kein Handlungsdruck. Eine Übernahme derartiger Aufgaben kann durchaus auch in der Zukunft bei einer entsprechenden Bedarfslage erfolgen.
- Beide Seiten stehen einer kooperativen Zusammenarbeit bzw. einer Aufgabewahrnehmung durch die jeweiligen Partner weiterhin offen gegenüber.
- Die derzeitige Zusammenarbeit zwischen der Stadt Hückeswagen und dem Oberbergischen Kreis in Sachen Bauaufsicht wird, aufgrund einer personellen Veränderung beim Kreis, vom Bürgermeister der Stadt Hückeswagen positiv bewertet.
- Im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wurde festgestellt, dass für die Stadt Hückeswagen eine erhebliche Kostenbelastung durch den Einkauf der Dienstleistungen bei der Stadt Wipperfürth entsteht. Die Kreisumlage würde sich bei einer Aufgabenverlagerung vom Kreis zur Stadt Wipperfürth hin für die Stadt Hückeswagen kaum verändern. Die Gebühreneinnahmen würden nur in einem geringen Teil zur Kostendeckung beitragen.
- Falls die Notwendigkeit gesehen wird, kann durch die Stadt Wipperfürth nach Vorlage der entsprechenden Hückeswagener Daten noch eine Gesamtkostenberechnung, z.B. für die Bauaufsicht, durchgeführt werden.
- In der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Hückeswagen am 05.05.2011 wird eine Entscheidung zur mandatierten Aufgabenübertragung auf die Stadt Wipperfürth getroffen.

Der Rat nimmt diese mündliche Mitteilung ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.4 Besuch des Landesverkehrsministers Herrn Voigtsberger; mündlicher Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister **von Rekowski** berichtet über den Besuch des Landesverkehrsministers Herrn Harry K. Voigtsberger, der am 7. Mai auf Einladung des Ratscherrn Klett in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes NRW des Deutschen Aeroclubs auf dem Flugplatzgelände zu Gast war. Dabei habe er auch den Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister zur Diskussion aktueller Gesprächsthemen zur Verfügung gestanden, beispielsweise seien diskutiert worden der schlechte Straßenzustand nach den harten Wintermonaten, die Fortführung der Nordtangente in Richtung Wipperhof, Fördermöglichkeiten zum Umbau des Surgères-Platzes und fehlende Hinweise auf Wipperfürth an den Autobahnen A 4 und A 45.

1.8.5 Planung / Finanzierung des Umbaus des Surgères-Platzes; mündlicher Bericht der Verwaltung

Aus aktuellem Anlass hatte die Verwaltung innerhalb des I. Nachtrags zur Einladung vorgeschlagen, über dieses Thema mündlich zu berichten. Ausgangspunkt waren Irritationen darüber, wie sich die Planung, die Fördermöglichkeiten zum Umbau des Surgères-Platzes und die Finanzierung der Maßnahme, auch bezogen auf die zeitliche Reihenfolge, gestalten. Bauing. Frau **Stöltzing** erläutert innerhalb

ihres mündlichen Vortrags Einzelheiten und geht dabei insbesondere darauf ein, dass die Stadt Wipperfürth mit Rückforderungen rechnen müsste, sollte vor Ablauf der Zweckbindungsfrist Ende 2013 für Zuwendungen aus den 80er Jahren die Situation am Busbahnhof geändert werden.

Ratsherr **Scherkenbach**, dessen Anfrage zum selben Thema Gegenstand der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 22.06.2011 sein wird, weist auf das Angebot des Landesverkehrsministers Voigtsberger hin, ihn in Fragen der Landesförderung einzubinden. Insbesondere wegen der Situation für die Schulkinder sei der Aus- und Umbau des Busbahnhofs ein städtebaulich äußerst wichtiges Vorhaben der Stadt, bei dessen Umsetzung keine Verzögerungen riskiert werden dürften.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, in der ASU-Sitzung sollte die Verwaltung detailliert darstellen, welche Schritte in welchen Zeiträumen erforderlich seien. Dies werde auch innerhalb der Beratungen zum Integrierten Handlungskonzept Innenstadt mit zu diskutieren sein. Ebenfalls müsse festgelegt werden, was mit den 50.000 Euro Planungsmitteln geschieht, die der Rat im Rahmen seiner Haushaltsbeschlüsse für den Umbau des Surgères-Platzes eingeplant habe.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -